



<b>3.1</b>	<b>Priorität der Fraktion der FDP</b> .....	405	Torsten Schneider (SPD) .....	422
<b>44</b>	<b>Straßenblockierer stoppen – Rechtsdurchsetzung den Trends der Gefährder anpassen</b> .....	405	Ergebnis .....	424
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">19/0174</a>		<b>5</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Bezirks- verordnetenentschädigungsgesetzes</b> .....
	Holger Krestel (FDP) .....	405		424
	Florian Dörstelmann (SPD) .....	406		Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Februar 2022 Drucksache <a href="#">19/0180</a>
	Alexander Herrmann (CDU) .....	407		zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">19/0151</a>
	Dr. Petra Vandrey (GRÜNE) .....	408		Zweite Lesung
	Marc Vallendar (AfD) .....	410		Ergebnis .....
	Sebastian Schlüsselburg (LINKE) .....	411		424
	Holger Krestel (FDP) .....	412	<b>6</b>	<b>Hunde-unbürokratischer-halten-Gesetz</b> .....
	Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) .....	412		424
	Sebastian Schlüsselburg (LINKE) .....	413		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">19/0098</a>
	Ergebnis .....	414		Erste Lesung
<b>3.4</b>	<b>Priorität der CDU-Fraktion</b> .....	414		Ergebnis .....
<b>10</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Anwendung unmittelbaren Zwanges bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Landes Berlin – sichere Rechtsgrundlage für den Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (Tasern)</b> .....	414		424
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">19/0165</a>		<b>8</b>	<b>Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Zuständigkeitsgesetzes</b> .....
	Erste Lesung			424
	Frank Balzer (CDU) .....	414		Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/0153</a>
	Tom Schreiber (SPD) .....	415		Erste Lesung
	Karsten Woldeit (AfD) .....	416		Ergebnis .....
	Vasili Franco (GRÜNE) .....	417		424
	Björn Matthias Jotzo (FDP) .....	418	<b>9</b>	<b>Gesetz zum Zweiten Medienänderungsstaatsvertrag</b> .....
	Karsten Woldeit (AfD) .....	419		425
	Björn Matthias Jotzo (FDP) .....	419		Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache <a href="#">19/0183</a>
	Niklas Schrader (LINKE) .....	420		Erste Lesung
	Ergebnis .....	421		Ergebnis .....
<b>3.6</b>	<b>Priorität der AfD-Fraktion</b> .....	421		425
<b>4</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes</b> .....	421	<b>11</b>	<b>Zweites Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze im Ruhestand</b> .....
	Dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 16. Februar 2022 Drucksache <a href="#">19/0179</a>			425
	zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP Drucksache <a href="#">19/0125</a>			Antrag der Fraktion der CDU Drucksache <a href="#">19/0166</a>
	Zweite Lesung			Erste Lesung
	Ronald Gläser (AfD) .....	421		Ergebnis .....

**(Ronald Gläser)**

Wirtschaftssystem über den Haufen werfen. – Sie hinterlassen der jungen Generation, für die Sie sich einzusetzen vorgeben, einen riesigen Turm von Schulden, der niemals anders abgetragen werden kann als durch Enteignungen oder Inflation oder beides. So wird es kommen. Das ist verantwortungslos.

[Beifall bei der AfD]

Da vermisste ich die Überwachungs- und Kontrolldichte des Hauses genauso wie beim Rasieren von Grundrechten. Jede Woche flattert uns hier so eine Verordnung des Senats auf den Tisch. Das sind keine Gesetze, das sind einfach Verordnungen. Es kommt jeden Tag eine und noch eine und noch eine. Das sind keine Gesetze, die wir hier im Parlament auch nur besprechen könnten. Es wird auf Konsenslisten gepackt, es wird alles in Ausschüssen durchgewunken. Das alles macht mich absolut sprachlos. Es sind jedes Mal Einschränkungen unserer Grundrechte dabei, die Einschränkung des Grundrechts auf freie Religionsausübung, auf Versammlungsfreiheit, auf freie Berufswahl, all das wird eingeschränkt mit einem Federstrich. Das macht mich sprachlos. Da frage ich mich: Wo ist die Überwachungs- und Kontrolldichte des Abgeordnetenhauses in diesen Fällen?

[Beifall bei der AfD]

Das gilt auch beim Ignorieren des Volkswillens. Wir hatten jetzt zwei Volksabstimmungen in dieser Stadt zum Erhalt eines innerstädtischen Flughafens. Beim letzten, in Tegel, vor fünf Jahren, war sogar das Quorum erreicht. Sie haben nach einer kurzen Schamfrist von nur sechs Monaten einfach so getan, als hätte es das nicht gegeben und gesagt, es interessiere sie nicht, der Senat wolle den Flughafen zumachen, also machen Sie das. Die „BZ“ hat damals getitelt: „Hier verraten Berlins Abgeordnete ihre Wähler“. Das ist sehr zugespitzt, aber der Punkt ist, Sie scheuen sich nicht wirklich darum, was die Bürger sagen. Da frage ich mich, wo ist hier die Überwachungs- und Kontrolldichte des Berliner Abgeordnetenhauses als Volksvertretung der Berliner?

[Beifall bei der AfD]

Herr Kollege Schneider! Dann hatten Sie damals ausgeführt, es gäbe die vielen unerledigten Fälle, die abgearbeitet werden müssen. Das müssten wir alles machen, und deswegen muss mehr gearbeitet werden. Also wurden zwei neue Plenarsitzungen im Jahr eingeführt, die Ausschusssitzungen wurden verlängert. Die kassieren sie jetzt in dieser Legislaturperiode wieder ein Stück weit ein, die Verlängerung der Ausschusssitzungen. Wir sollten also mehr arbeiten, deswegen sollten wir mehr Geld bekommen. So weit, so verständlich. Es war im Januar 2020, als das in Kraft getreten ist. Zwei Monate später hatten wir Corona. Dann sind Ausschusssitzungen ausgefallen, dann sind Plenarsitzungen verkürzt worden. Dann gab es Lüftungspausen und all diese Sachen

[Zuruf von Torsten Schneider (SPD)]

mit dem Ergebnis, lieber Herr Schneider, dass wir wahrscheinlich Pi mal Daumen am Ende der Legislaturperiode genauso viel Zeit in Konferenzen und Ausschüssen hier im Haus und in Plenarsitzungen verbracht haben, wie wir ohne Ihre Parlamentsreform verbracht hätten. Und siehe da, all die Dinge, die nicht abgearbeitet waren, konnten trotzdem abgearbeitet werden. Das heißt, wir hätten Ihre Parlamentsreform von 2019/2020 überhaupt nicht gebraucht.

Ich will das kurz zusammenfassen: Wir haben Anträge dazu gestellt. Die haben Sie leider natürlich schon im Hauptausschuss weggebügelt. Wir möchten, dass dieses Haus jedes Mal über eine Diätenerhöhung abstimmt und nicht diesen Automatismus einführt. Das haben Sie leider nicht gewollt. Dann könnten wir vielleicht auch sagen: Gut, wir sind dieses Mal einverstanden und stimmen dem zu. Wir haben eine Nullrunde vorgeschlagen, wie es die Kollegen in Brandenburg gemacht haben, nicht die AfD-Kollegen, sondern sämtliche Fraktionen; zumindest eine Mehrheit der Abgeordneten hat sich dafür entschieden, eine Nullrunde einzulegen. Das hätte bei uns auch gut ausgesehen. Im Deutschen Bundestag, daran möchte ich kurz erinnern, sind die Bezüge der Abgeordneten vor einem Jahr sogar gesunken. Wir erhöhen sie stattdessen. Das ist falsch. Das werden wir nicht mitmachen, auch nachdem Sie unsere Änderungsanträge abgelehnt haben. Jetzt schlägt die Stunde des blauen Diätendeckels anstelle Ihres roten Mietendeckels. Das wäre eine echte Entlastung für die Berliner. Es ist auch nicht verfassungswidrig, das zu machen. Stimmen Sie mit uns gegen dieses Gesetz. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der AfD]

**Vizepräsidentin Cornelia Seibeld:**

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Schneider das Wort.

[Paul Fresdorf (FDP): Jetzt kommt der Populismusdeckel!]

**Torsten Schneider (SPD):**

Meine Damen und Herren! Manche Beiträge werden durch ihre Zerfaserung, Diversifizierung eben in ihrer Zielrichtung ersichtlich. Dass Sie hier das Parlament beschimpfen als eines, das seine Kontrollrechte nicht wahrnimmt, damit letztlich sich selbst, das muss ich aus meiner Erkenntnis nicht nur im Namen der Koalition, sondern mit ganz großer Sicherheit und insbesondere auch im Namen der Opposition, zurückweisen. Das ist doch albern, mit Verlaub. Das kann man doch nicht ernst nehmen, was Sie da sagen.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU, der LINKEN und der FDP]

**(Torsten Schneider)**

Ich bin eher mit einer Berliner Tageszeitung, dem „Tagesspiegel“ nicht immer einer Meinung. Normalerweise nenne ich die Zeitung gar nicht, aber ich habe sogar einen ausgeschnittenen Artikel, wie jeder Finanzpolitiker, wie jede Finanzpolitikerin. Der inzwischen in seinen verdienten Ruhestand ausgeschiedene Kollege Zawotka-Gerlach hat einmal zum Hauptausschuss etwas geschrieben, und zwar ganz abstrakt. Sie können auch die jeweiligen Regierungen fragen. Mein Befund ist – ich bin mit einer Unterbrechung, die wir alle kennen, einer der dienstältesten parlamentarischen Geschäftsführer in der Bundesrepublik –: Ich kenne überhaupt kein Parlament, das eine so dichte und robuste Kontrollaufgabe und -wahrnehmung ausübt wie dieses Berliner Abgeordnetenhaus. Wir sind darauf verdammt stolz.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU,  
der LINKEN und der FDP]

Nun haben Sie Ihren Antrag eingebracht. Insoweit nehme ich das auch ernst. Wir müssen aber darüber reden, wozum es Ihnen geht. 90 Prozent ist eine falsche Auslegung einer verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung. Und eine Zeile befasst sich mit der unanständigen Diätenerhöhung, die Sie in absoluten Zahlen darstellen. Ich sage dazu: Das kritisch zu sehen, das ist legitim, beispielsweise wie die Linksfraktion das kritisch gesehen hat. Aber es unterscheidet die Linksfraktion von Ihnen ein ernsthafter Abwägungsprozess. Sie sind nicht gezwungen worden, das zu tun, sondern sie haben eine Spendensituation aufgesetzt. Ich persönlich finde das falsch, aber der Abwägungsprozess, der dieser Entscheidung zugrunde lag, das trotzdem mitzutragen, ist strukturell. Und dazu sind wir verabredet. Ja, die Verfassungslage – aus gutem Grund – fordert, dass wir im Lichte der Öffentlichkeit unsere eigene Alimentierung und unsere Diäten diskutieren. Das ist gut. Das tun wir jedes Jahr mit einem bundesweit geübten Verfahren,

[Ronald Gläser (AfD): Nee!]

das jetzt statistisch umgestellt wurde, in selber Weise wie im Deutschen Bundestag. Die Linken haben aber den Befund, den wir 20 Jahre lang gesehen haben, auch. Wir haben uns nämlich 20 Jahre – erstens – nicht richtig ernst genommen und – zweitens – dieser Debatte in der Öffentlichkeit nicht gestellt, bis wir nach Hamburg gefahren sind mit allen parlamentarischen Geschäftsführern aller Fraktionen. Das war ein bisschen angenehmer, es waren noch die Piraten dabei, die auf Ihren Stühlen saßen; ich habe ja lange Zeit gedacht, schlimmer kann es nicht kommen

[Ronald Gläser (AfD): Die kommen nicht zurück!  
Besser so!]

– na ja, ich hätte jetzt fast etwas gesagt, das hätte ich dann hinterher bereut –, und die Befundung war klar. Die Kollegen in Hamburg, die parlamentarischen Geschäftsführer, kamen zu einem eindeutigen Befund: Das, was ihr da macht, ist kein Parlamentarismus.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Ach so!]

Daraus haben wir gelernt. Wir haben gesagt: Nein, wir stellen uns der Öffentlichkeit, bekennen uns auch zu unseren Diäten. – Das führte zu einer Strukturreform – da haben Sie vollkommen recht; es wurde sogar ein Buch über uns geschrieben –, indem wir einen großen Schluck aus der Pulle genommen haben,

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber keine  
richtige Reform!]

weil wir das 15 Jahre unterlassen und uns nicht getraut haben.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Aber keine richtige!]

Das ist der Grund, warum die Linksfraktion sagt, strukturell, wenn es nicht unangemessen ist, muss man das tun, so wie 15 andere Parlamente in diesem Jahr auch, mit Ausnahme von Brandenburg. Deshalb ist es legitim, so zu entscheiden wie die Grünen. Es unterscheidet aber die Linksfraktion von Ihnen: Da wird eine strukturelle Abwägung vorgenommen und eine echte Haltung implementiert.

[Frank-Christian Hansel (AfD): Wir wollen  
eine richtige Parlamentsreform!  
Die wollen Sie nicht!]

Das, was Sie tun, ist doch keine Haltung. Das ist rückgratloser Populismus.

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU,  
der LINKEN und der FDP]

Entnehmen Sie freundlicherweise einer Besonderheit des heutigen Tages unsere – ich meine das sardonisch – Wertschätzung Ihnen gegenüber. Die Besonderheit besteht darin, dass sich fünf Fraktionen zu einer Verabredung gefunden haben. Das hängt nicht mit meiner Position, mit meiner Person zusammen, weil man mir das rhetorisch mehr zutraut oder sonst etwas – und ich argumentiere für meine Verhältnisse heute ja wahrscheinlich relativ ausgewogen –,

[Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU und  
der LINKEN]

sondern einfach mit der Tatsache, dass ich derzeit das Amt des parlamentarischen Geschäftsführers der größten Fraktion ausübe. Ich rede heute also für die Linksfraktion, ich rede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, für die CDU-Fraktion und für die FDP-Fraktion – nicht, weil Paul Fressdorf sich das nicht zutraut, Heiko Melzer vor der Debatte Angst hat oder die Koalitionspartner und die PGFs sich das nicht zutrauen, sondern weil wir Ihnen eine Botschaft senden: Sie sind in der parlamentarischen Demokratie entlarvt, und Sie sind isoliert. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der CDU,  
der LINKEN und der FDP]